

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Preis: monatlich drei Mark (halbjährlich 15 Mark), durch die Post bezogen monatlich 2 Mark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhof 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach: Dresden Nr. 15620, Dresdener Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-2, Güterbahnhof 2 / Fernsprecher: Dresden Nr. 17259 / Druckerei: Arbeiterstimme Dresden / Erscheinungstermin der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang Dresden, Montag den 12. März 1928 Nummer 61

Deutsche Spione in der Sowjetunion

Aushebung eines konterrevolutionären Sabotagenetzes im Dneprbecken / Gegenrepressalien in Deutschland

Sechs deutsche Ingenieure verhaftet

Aus Moskau wird gemeldet: Der Staatsanwalt beim Obersten Gerichtshof der Sowjetunion veröffentlicht eine Mitteilung über die Aushebung eines gegenrevolutionären Sabotagenetzes im Bezirk Schachin (Dneprbecken), die sich mit der Desorganisation und Zerstörung der Eisenbahnindustrie dieses Bezirks befaßt habe.

In der Mitteilung heißt es, die Unternehmung habe festgestellt, daß die Zentrale der Organisation sich im Ausland befindet und aus ehemaligen Eigentümern und Aktionären der Maschinenfabriken des Dneprbeckens besteht. Als Agenten dieser Organisation in der Sowjetunion dienten, so heißt es in dem Bericht des Staatsanwalts weiter, eine Gruppe Ingenieure, Techniker und Steiger, sowie eine Reihe von Angehörigen, die systematisch Gehalt von ihren ehemaligen Direktoren und Sonderbeauftragten von Agenten des ausländischen Spionagenetzes bezogen.

Die Organisation befaßt sich jahrelang mit bewußter Sabotage und Unterdrückung der Kohlenwirtschaft durch unrationale Ausbeutung, unnütze Ausgaben, sowie direkte Zerstörung von Gruben, Bergwerken und Fabrikbetrieben durch Brandstiftungen, Explosionen und Beschädigung der Maschinen. Es ist festgestellt, daß überall, wo die Organisation ihre Leute einsetzen konnte, der Produktionsbestand und die finanzielle Stärke des Unternehmens katastrophal zurückgingen. Die Teilnehmer an der Verhinderung lebten mit allen Mitteln, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern; sie überprüften sie systematisch bei der Entlohnung und provozierten Streiks. Die Verbrecher wurden verhaftet, und die Angelegenheit wird dem Obersten Gerichtshof übergeben werden.

Industrie dieses Bezirkes planmäßig desorganisiert hatte. Ein Ingenieur, der zu den Leitern dieser Gruppe gehörte, habe in der Unternehmung erklärt, daß die Gruppe ihren politischen Ueberzeugungen nach ein Konglomerat von Anarchisten, Mitgliedern der Arbeiterpartei und anderer gegenrevolutionärer Parteien darstelle, und sich den Sturz der Sowjetmacht und die Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung zum Ziel setzte. In die Angelegenheit seien auch ausländische Staatsbürger verwickelt. Rykow erklärte weiter: Ich will nicht den Gedanken zulassen, daß deutsche oder englische Firmen als Firmen, die mit uns arbeiten, sich selbst mit solchen Dingen befaßten; es ist jedoch festgestellt, daß unter den Angestellten und Agenten einiger Auslandsfirmen sich direkte Teilnehmer an dieser gegenrevolutionären Verchwörung befinden. Einige dieser ausländischen Fachmänner sind verhaftet worden und werden dem Gericht übergeben werden. Zum Schluß betont Rykow, daß die weitestgehende Zahl der Fachleute sich gegenüber der Sowjetmacht loyal verhalten und gemeinsam am Aufbau der Wirtschaft mitwirkten. Jedoch sei gegenüber einzelnen gegenrevolutionär eingestellten Fachleuten verstärkte Vorkehrungen zu treffen.

Deutsche Repressalien

Eine Verhaftung in Deutschland wegen angeblicher Handels- und Spionage zugunsten der Sowjetunion

Der Montag-Morgen meldet aus Bernburg in Anhalt: Am gleichen Tage, an dem bekannt wurde, daß in Rußland deutsche Ingenieure wegen Spionage- und Sabotageakten verhaftet worden sind, wurde hier ein Arbeiter verhaftet, der beschuldigt wird, Handels- und Spionage zugunsten der Sowjetrepublik getrieben zu haben. Es handelt sich aber nicht etwa um eine Art Repressalie, sondern um einen Schritt, der schon seit längerer Zeit vorbereitet worden ist.

Bei den Deutschen Solvan-Werken AG, deren hiesiges Werk sich hauptsächlich mit der Soda- und Ammoniakchemie beschäftigt, ist seit 25 Jahren der Arbeiter Meyer im Laboratorium tätig. Er hatte zum 1. April gekündigt, um eine Stellung in Rußland anzunehmen. So entstand aber der Verdacht, daß er eine Reihe wichtiger Fabrikationsgeheimnisse ermittelt und an die Sowjetunion verkauft habe. Meyer wollte sich von diesem Verdacht durch Anrufung des Betriebsrates reinigen. Der Betriebsrat verweigerte aber, sich für Meyer einzusetzen, und es wurde verhaftet. Er erklärt, unschuldig zu sein.

Neuer Schiedsspruch in Berlin

Am Sonnabend nachmittag hat der sozialdemokratische Schlichter für Groß-Berlin, Wiesel, in dem Berliner Werkzeugmacheramt einen neuen Schiedsspruch gefällt. Der neue Schiedsspruch ist für die beabsichtigte Umwälzung schon deshalb notwendig, weil der Schiedsspruch des Gewerbetarifs-Körpers nicht nur seinem Inhalt nach, sondern auch von der juristischen Seite gesehen ein Monstrum war. Der neue Schiedsspruch des sozialdemokratischen Schlichters deckt sich in seinem grundsätzlichen Teil fast auf ein Haar mit dem, was der Gewerbetarifs-Körper festgelegt hat. Der Schiedsspruch, den Wiesel dekretierte, ist aber so abgefaßt, daß keine Verbindlichkeitsklärung zu erwarten ist.

Der neue Schiedsspruch sieht einen Anforderungsanspruch von 1 Mark für 60 Minuten vor, an Stelle der von den Werkzeugmachern geforderten 1,50 Mark Mindestlohn in der Spitze und Befreiung der Arbeiter. Im übrigen enthält auch dieser Schiedsspruch die Klausel, nach der die Stundenlöhne und Anforderverdienste der Werkzeugmacher in den einzelnen Betrieben einer Nachprüfung unterworfen werden. Der Schiedsspruch steht weiter vor, daß der Streit nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses im Sinne des Tarifwesens gilt. Nachregelungen

lassen nicht stattfinden. Die Parteien haben sich am Montag den 12. März, vormittags 10 Uhr, zu erklären.

Der feste Satz von 1 Mark für eine Stunde als Grundlage der Lohnberechnung ist ein Schritt auf die Forderungen der Werkzeugmacher, und ist im Schiedsspruch nur deshalb angenommen, um die juristische Handhabe für eine Verbindlichkeitsklärung zu liefern. Die erweiterte Streckleitung des DMB hat noch am Sonnabend abend zu dem neuen Schiedsspruch Stellung genommen und keine Ablehnung beschlossen. Die Ablehnung soll auch der heute mittag zusammentretenden Versammlung der Werkzeugmacher empfohlen werden. Es ist gar kein Zweifel, daß die Werkzeugmacher auch diesen neuen Schiedsspruch einmütig ablehnen werden. Aber die Gefahr ist diesmal noch bei weitem größer als nach dem ersten Schiedsspruch. Die Unternehmer haben den Schiedsspruch ebenfalls bereits abgelehnt. Das aber ist nur ein berechnetes Manöver, in Wirklichkeit rechnet man im Unternehmerlager bestimmt mit dem Eingreifen des Reichswirtschaftsministers und der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches. Für die Werkzeugmacher ist jetzt die Vorbereitung und Organisation des Kampfes trotz und gegen Verbindlichkeitsklärung das unmittelbare Gebot der Stunde.

In einem Vortragsartikel betont „Framda“, daß die Teilnehmer an dem Kampf jahrelang die Sowjetwirtschaftler, Gewerkschafter und andere Kreise systematisch zu betrügen verstanden. Das Blatt fordert zur Wachsamkeit gegenüber antilowjewistisch eingestellten Fachleuten auf und weist auf die Notwendigkeit hin, so schnell als möglich aus der Mitte der Werkstätten einen Gesandten für diese kampfgefährlichen Kräfte zu schaffen.

Das Blatt erinnert weiter daran, daß im letzten Jahre in den großen Industriezentren Brandstiftungen stattfanden, sprich die Vermutung aus, daß Fälle gegenrevolutionärer Tätigkeit auch auf anderen Gebieten der Sowjetindustrie vorlämen, und erklärt zum Schluß, die erfolgreiche Entwicklung des Sowjetlandes trotz solcher Tatsachen sei ein Beweis der inneren Festigkeit der Sowjetmacht, der gelunden Grundlage der Industrie und der Stärke der Arbeiterklasse, die alle gegenrevolutionären Mächenschaften sowjetfeindlicher Agenten vereite.

Deutsche Ingenieure verhaftet

Im Dneprgebiet wurden sechs deutsche Ingenieure wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Sabotage-Angelegenheit in den Kohlegruben, darunter drei von der KGB, verhaftet.

Die Tatsache der Verhaftung von 6 deutschen Ingenieuren nehmen das Berliner Tagesblatt und das Wolff-Panorama zum Anlaß, um ohne Kenntnis der Tatsachen die Sowjetbehörden in Schutz zu nehmen und die Maßnahmen der Sowjetregierung zu verurteilen. WTB meldet, daß der deutsche Botschafter in Moskau, Brodowski-Rankau, Schritte bei der Sowjetregierung unternommen habe.

Der Montag-Morgen berichtet heute, die Direktion der KGB habe, nachdem ihr telegraphisch mitgeteilt worden sei, daß ihre drei technischen Angestellten verhaftet sind, den Leiter ihrer Abteilung, Kleinmann, nach Moskau entsandt. Die Namen der Verhafteten sind:

Oberingenieur Goldstein, Ingenieur Otto, Monteur Meyer. Diese drei Techniker sind, nach Mitteilung des WTB, vor etwa drei Monaten nach dem Dneprgebiet geschickt worden, um dort den Einbau einer großen Turbinenanlage in ein neues Elektrizitätswerk zu leiten. Die anderen drei Verhafteten sind Angestellte der Firma Kappers. Selbstverständlich erklärt Angehörige der bürgerliche Presse, die Verhafteten seien unschuldig, es handle sich nur um übertriebene Maßnahmen untergeordneter sowjetrussischer Stellen. Dann aber wird versucht, die Verhaftungen als eine planmäßige und vorbereitete Tendenzmaßnahme der Sowjetunion hinzustellen.

Eine Erklärung Rykows

Moskau, 11. März.
In der Vollversammlung der Moskauer Sowjets gab Volkskommissar Rykow Erklärungen über die Vorgänge im Dneprgebiet ab. Er tadelte die mangelnde Wachsamkeit der Wirtschaftsorgane, unter deren Augen eine Gruppe von ausländischen gegenrevolutionären Fachmännern die Kohlen-

Metallarbeiterkampf in Sachsen

Zur bevorstehenden Lohn- und Arbeitszeitbewegung am 1. April

Am 1. April steht in der sächsischen Metallindustrie die Frage des Abschlusses eines neuen Lohn- und Manteltarifvertrages auf der Tagesordnung. Das Lohnabkommen und der Manteltarifvertrag, abgeschlossen zwischen dem DMB und den Bezirksverbänden der Metallindustriellen in den Reichshauptmannschaften Dresden, Bautzen, Chemnitz und Zwickau, ist gekündigt und läuft am 31. März 1928 ab. Der Tarifvertrag mit dem Arbeitgeberverband hat noch Gültigkeit bis zum 31. Juni und muß 3 Monate vor Ablauf vom Metallarbeiterverband gekündigt werden.

Am dem Ende März abzulaufenden Tarifvertrag ist der weitestgehende Teil der Metallarbeiter Sachsen beteiligt. Dem Verband sächsischer Metallindustrieller sind die größten und ausfallgehebeltesten Betriebe angeschlossen. Es ist ganz klar, daß die Gestaltung der Lohnsätze und Manteltarifverträge mit dem Arbeitgeberverband und mit den Industriellen im Leipziger Bezirk entscheidend beeinflusst wird von dem Ausgang des Kampfes, den die Metallarbeiter am 1. April mit der führenden Gruppe der sächsischen Scharmacher auszufechten haben werden. Doch nicht nur für die Metallarbeiter, auch für die Arbeiter der übrigen Industriezweige ist die zukünftige Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Metallindustrie von größter Bedeutung.

Die Lohnhöhe und die Regelung der Arbeitszeit in der Metallindustrie sind richtunggebend für die Tarifbewegungen der übrigen Industriezweige. Das ist es, was der bevorstehenden Lohn- und Arbeitszeitbewegung in der sächsischen Metallindustrie erhebliche Bedeutung zukommen läßt. Auf den Metallarbeitern aber ruht eine große Verantwortung — sie stehen vor einer schwierigen Aufgabe, die eine geschlossene kampfbereite Metallarbeiterfront erfordert.

Im Lager der Metallindustriellen läßt man sich der Bedeutung der Tarifbewegung am 1. April vollkommen be-

wußt. Die Herren von der Ammonstraße haben sich schon immer als die Verleumdeter der Unternehmerinteressen gefühlt und betätigt. Sie sind sich dabei der vollsten Solidarität sämtlicher Unternehmerorganisationen sicher.

Die gegenwärtige Situation ist für die Metallarbeiter außerordentlich günstig. Die Betriebe sind voll beschäftigt und für die nächste Zeit mit einem guten Auftragsbestand eingedeckt. Das trifft vor allem auf die Maschinen- und Werkzeugmaschinenbetriebe zu. Die sozialdemokratische Presse bestätigt diese Tatsache erst vor kurzem bei der Betrachtung über den Verlauf der Leipziger Messe mit folgenden Worten: „Die Produktionsmittelindustrien dürften auch in Leipzig das weitestgehende Geschäft gemacht haben. Sie können große Auftrags-eingänge buchen...“ Ueber den Beschäftigungsgrad der elektrotechnischen Industrie wird in dem gleichen Aufsatz der Dresdener Volkszeitung gesagt: „Besondere Beachtung verdienen auch die Weherfolge der elektrotechnischen Industrien, und zwar im Zusammenhang mit den augenblicklich drohenden Arbeitskämpfen. Der Beschäftigungsgrad dieser Industrie, der sich in letzter Zeit in heftigen Kurven nach oben entwickelt hat, ist durch die in Leipzig herein-gelommenen Aufträge für längere Zeit gesichert. Die Elektroindustrie kann nach den glänzenden Abschlüssen 1926 und 1927 ein drittes erfolgreiches Geschäftsjahr erwarten...“ Die Berichte über den Geschäftsgang der einzelnen Unternehmungen betätigen die allgemein gute Konjunktur in der gesamten Metallindustrie.

Die Gewinne aus dem vergangenen Jahre sind gerade auch in der Metallindustrie ganz außerordentlich hoch. Die Rationalisierung hat sich gelohnt. Die Aktionäre können zufrieden sein. Die KGB schüttete beispielsweise folgende Zahlen aus: 1924/25 = 57 000 RM, 1925/26 = 135 000 RM und 1926/27 gar 206 000 RM. Eine gleich-